Verlorene 19,8 Mio. Euro wegen Insolvenz der Commerzialbank Mattersburg â?? eine aktuelle Entscheidung des OGH zur Haftung des Kunden-GeschÄftsfÄhrers

Description

Date Created

02.02.2025

Meta Fields

Inhalt : Managementkrise: Vorstand, GeschÄftsfÄhrer und ihre Haftung: Eine Entscheidung des OGH vom 16.12.2024, 9 Ob A 88/24t Nach dem Sachverhalt verlor eine GmbH, die im MusikgeschÄft tÄchtig ist, aufgrund der Insolvenz ihrer Hausbank, einer C* AG, im Jahr 2020 rund 19,8 Mio. Euro. Naheliegend ist, dass es sich bei der C* AG um die **Commerzbank Mattersburg** handelt. Der Betrag befand sich auf einem GeschÄftskonto der Bank, die jahrelang als Hausbank der Gesellschaft fungierte. Die KlÄgerin argumentierte im Verfahren, soweit ersichtlich, zusammengefasst,

- dass der GeschÄftsfÄhrer aufgrund der hohen Konzentration der Unternehmensgelder auf einem Konto eine existenzbedrohende Situation fÄr das Unternehmen geschaffen habe.
- dass die Bank als Hausbank der KlÄgerin die angebotenen Ä gemeint wohl gegenÄber damaliger Zinslage hohen - Zinsen nicht als Entgegengekommen gegenÄber und zwecks Bindung langjÄhriger und regional orientierter GroÄ- bzw Stammkunden gewÄhrt, sondern als ÄPull-FaktorÄ eingesetzt habe, um kriminelle Machenschaften lÄnger verschleiern zu kÄnnen.

Der OGH stellte zunÄchst klar, dass die Haftung eines GeschÄftsfÄhrers nach Ä§ 25 Abs. 1 GmbHG eine **Verschuldenshaftung** ist, keine Erfolgshaftung. Vereinfacht gesagt, ein GeschÄftsfÄhrer haftet nur, wenn er gegen seine Sorgfaltspflichten verstoßen hat, nicht aber allein deshalb, weil eine wirtschaftliche Entscheidung im Nachhinein ungÄnstig ausfÄllt. **Ex-ante-Betrachtung ÄÄ Kein ÄÄRÄckschafehlerÄÄ** Die KlÄgerin argumentierte, dass die Insolvenz der Bank ein vorhersehbares Risiko gewesen sei. Der OGH hielt dem entgegen, dass die Beurteilung, ob eine Pflichtverletzung vorliegt, immer aus einer **ex-ante-Perspektive** erfolgen muss und ein **RÄckschafehler** zu vermeiden ist. Im Haftungsprozess ist das PhÄnomen der RÄckschafehler regelmÄÙig ein Problem ÄÄ hier hilft eine gute Sachverhaltsdokumentation und Sachverhaltsaufarbeitung (vgl. *Klicka/ Milchrhm, AbwÄgungsprozesse bei Mietzinsminderungen wegen COVID-19, GRAU 2020/19, 66f bei FN 27*) Eine Entscheidung darf daher nicht mit dem Wissen aus der Zukunft bewertet werden. Dass die Insolvenz der Bank im Nachhinein einen Schaden verursachte, bedeutete nicht automatisch, dass der GeschÄftsfÄhrer diese hÄtte vorhersehen mÄssen. **Keine Pflicht zur Diversifizierung der Bankguthaben** Ein wesentlicher Vorwurf der KlÄgerin war, dass der Beklagte die Gelder nicht auf verschiedene Banken verteilt hatte. Der OGH verneinte jedoch eine generelle Pflicht zur Diversifikation und betonte, dass das unternehmerische Risiko grundsÄtzlich die Gesellschaft trÄgt (Rn 11.2. der UrteilsbegrÄndung). M.E. handelt sich wohl um keine allgemein gÄltige Aussage ÄÄ letztlich hÄngt die Diversifikationsnotwendigkeit von den UmstÄnden des Einzelfalls ab. **Business Judgment Rule ÄÄ Schutz unternehmerischer Entscheidungen** Nach Ä§ 25 Abs. 1a GmbHG haftet ein GeschÄftsfÄhrer nicht, wenn er sich bei unternehmerischen Entscheidungen an die GrundsÄtze der **Business Judgment Rule** hÄlt. Ihm kam zugute, dass er die Bank als Hausbank Äber Jahre hinweg als verlÄsslich einschÄtzte (und auch durfte), sodass der Nichtabzug der Geldmittel nicht sorgfaltswidrig war (Rn 5.2. "vertraute"). Die KlÄgerin konnte nicht nachweisen, dass es konkrete Anzeichen fÄr eine drohende Insolvenz der Bank gab. Die KlÄgerin argumentierte wohl sinngemÄÙ auch mit der ÄÄSignalwirkungÄÄ der ÄberhÄhten Zinsen ÄÄ der OGH musste dieses Argument wohl nicht weiter prÄfen, weil die (auÄerordentliche) Revision der KlÄgerin dieses Argument nicht weiter verfolgte. **Keine erhÄhte Sorgfaltspflicht fÄr den ressortzustÄndigen GeschÄftsfÄhrer** Die KlÄgerin argumentierte, dass der Beklagte als ressortverantwortlicher GeschÄftsfÄhrer fÄr Finanzfragen eine besondere Sorgfaltspflicht gehabt hÄtte. Der OGH stellte jedoch klar, dass das Gesetz keinen strengeren MaÙstab fÄr einen ressortverantwortlichen GeschÄftsfÄhrer vorsieht: **ÄÄEinen gegenÄber Ä§ 25 Abs. 1 GmbHG ÄÄerhÄhten SorgfaltsmaÙstabÄÄ fÄr einen ÄÄressortzustÄndigenÄÄ GeschÄftsfÄhrer sieht das Gesetz nicht vor.ÄÄ (Rn. 14.)** Dies bedeutet: Die allgemeinen Sorgfaltsanforderungen gelten fÄr alle GeschÄftsfÄhrer gleichermaÙen. **Ergebnis und Bedeutung der Entscheidung** Diese Entscheidung stÄrkt den Schutz von GeschÄftsfÄhrern vor ex-post-Haftung und bestÄtigt, dass wirtschaftliche Risiken grundsÄtzlich die Gesellschaft und nicht ihre GeschÄftsfÄhrer tragen.